

Protokoll
der öffentlichen Sitzung des **Ausschusses für**
Soziales, Gesundheit und Senioren beim Beirat Blumenthal
am Montag, dem 24.10.2016 um 18.30 Uhr
in der Kirchengemeinde Lüssum, Neuenkirchener Weg 31, 28779 Bremen

Anwesende:

Ausschuss:

Herr Bensch
Frau Bothe-Stolle
Frau Krohne
Herr Meyer (beratend nach § 23,5) (bis 19.20 Uhr)
Frau Riegert für Frau Klinkmüller
Herr Runge
Frau Weidemann

Es fehlt:

Herr Witt

Ortsamt:

Herr Nenninger, Vorsitz
Frau Rohde, Protokoll

Gäste:

Rainer Bensch (CDU MdBB) Sprecher für Gesundheit und Krankenhäuser in der Bremischen Bürgerschaft
Stephanie Dehne (SPD MdBB) Staatlichen Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz (Stellvertretende Vorsitzende)
Dr.med. Harald Ramsauer (Allgemein Mediziner)
Dr. Wiebke Wietschel (Sentorin für Gesundheit, Abteilung Gesundheit/ Referat 40)

Beginn: 18.35 Uhr

Ende: 19.40 Uhr

Tagesordnung:

TOP 1. Begrüßung und Eröffnung; Genehmigung der Tagesordnung
TOP 2. Kassenärztliche Versorgung in den Stadtteilen Lüssum und Blumenthal
TOP 3. Verschiedenes

Zu TOP 1:

Herr Nenninger begrüßt die Anwesenden, stellt die Gäste vor und weist darauf hin, dass die Sitzung auf Tonband aufgenommen wird.
Da es keine Einwände gibt, wird die Tagesordnung wie vorliegend abgearbeitet.

Zu TOP 2:

Aufgrund der bevorstehenden Schließung dreier Arztpraxen in naher Zukunft besteht die Befürchtung, dass es im Ortsamtsbereich Blumenthal zu Problemen mit der hausärztlichen Versorgung geben könnte. Bisher hat nach jetzigem Informationsstand erst eine Praxis einen Nachfolger gefunden. Es besteht der Wunsch nach kleinräumigerer Planung durch die Kassenärztliche Vereinigung, um sicherzustellen, dass der Stadtteil ausreichend ärztlich versorgt ist.

Während der Diskussion kristallisiert sich heraus, dass es seitens der Verwaltung und der Politik kaum Möglichkeiten gibt, auf diese Situation Einfluss zu nehmen.

Der Bundesgesetzgeber hat entschieden, dass die Planung der ärztlichen Versorgung in den einzelnen Bezirken mit allem, was dazu gehört, Aufgabe der ärztlichen Selbstverwaltung gemeinsam mit der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) ist. Die Planung hat nach festgelegten Bedarfsrichtlinien zu erfolgen. Das Gesundheitsressort hat hier lediglich die Rechtsaufsicht, d. h., es kann nur bei offensichtlichen Rechtsfehlern einschreiten. Die Gründe für und gegen eine kleinräumigere Planung seien bei der KV bereits gegeneinander abgewogen worden. Dort wurde dann auch die Entscheidung getroffen, nicht kleinräumiger zu planen. Rein statistisch sei der Stadtteil bereits überversorgt und der Bedarf laut KV damit erfüllt. Im Vergleich zu Hamburg und Berlin sei zu bedenken, dass dort die Bezirke wesentlich größer sind und die KVs dort bereit gewesen sind, der Verwaltung entgegenzukommen.

In Blumenthal sehe das Problem gefühlt anders aus, als es die tatsächlichen Zahlen belegen. Die KV habe auch kein Interesse daran, die Praxen zu schließen und habe bereits zudem Anreize für Ärzte geschaffen, damit diese sich hier niederlassen. Es könne jedoch auch kein Arzt dazu gezwungen werden, eine bestimmte Praxis zu übernehmen oder in einem bestimmten Stadtteil zu eröffnen. Die Gründe für das mangelnde Interesse seien vielfältig, u. a. würden viele Ärzte lieber in Gemeinschafts- als in Einzelpraxen arbeiten. Das Problem gebe es auch in anderen Stadtteilen und sei deshalb bereits auf der Tagesordnung eines sektorenübergreifenden Gremiums.

Auch für die Politik sei die Situation schwierig, da es keine rechtliche Grundlage gebe, die KV zu irgendetwas zu zwingen. Eine Idee ist, in der Bürgerschaft einen Empfehlungsantrag zu stellen inhaltlich, sich mit der KV, der Senatorin und den Krankenhäusern zusammzusetzen und der Bitte, eine kleinräumigere Versorgung zu definieren. Auch Ärzte würden zum gesamtpolitischen Anspruch gehören, Blumenthal insgesamt attraktiver zu machen. In dem Zusammenhang wird bekannt, dass auch eine Apotheke in naher Zukunft schließen wird.

Ebenso wird die Bevölkerung aufgerufen, aktiv zu werden. Viele Einzelpersonen sollten sich an die KV wenden, die Situation schildern und um Abhilfe bitten. Auch eine Unterschriftenaktion wird vorgeschlagen. Hier überreicht Herr Dr. Ramsauer eine Unterschriftenliste mit bereits etwa 1.300 Unterschriften von Personen, die sich für den Erhalt der ortsnahen Arztversorgung im Wohngebiet Lüssum/Blumenthal/Bockhorn aussprechen und von der KV eine intensiviertere Suche nach Nachfolgern für die gefährdeten Kassenarztpraxen fordern. Herr Dr. Ramsauer teilt weiter mit, dass für seine Praxis eine Nachbesetzung versucht worden sei, sich aber keine Bewerber gemeldet hätten. Eine Gemeinschaftspraxis würde gerne noch einen weiteren Arzt aufnehmen und es besteht die vage Hoffnung, dass der vakante Kassenarztsitz solange erhalten bleibt.

Aus dem Publikum kommt der Hinweis, dass kein noch so wohlmeinender Sachbearbeiter einen Arzt herbeizaubern könne. Man müsste Kontakt mit angehenden Ärzten aufnehmen und diese vom Stadtteil überzeugen.

Die Ausschussmitglieder diskutieren über einen möglichen Beschlussvorschlag. Es wird einstimmig folgender Beschluss gefasst:

Die Kassenärztliche Vereinigung wird dringend aufgefordert, für ein flächendeckendes Netz von Ärzten im Ortsamtsbereich Blumenthal zu sorgen. Der Bedarfsplan nach jetzigem Stand ist für den Beirat nicht hinnehmbar.

Die Kassenärztliche Vereinigung wird weiter gebeten, für den Praxiserhalt den kassenärztlichen Sitz am Standort für wenigstens 6 Monate freizuhalten.

Weiter wird beschlossen, einen beabsichtigten Nachbesetzungsantrag von Herrn Dr. Ramsauer zu unterstützen, wenn dieser gestellt wird.

Zu TOP 3:
Keine

Herr Nenninger schließt die Sitzung um 19.40 Uhr

gez. Nenninger
Vorsitzender

gez. Weidemann
Ausschusssprecherin

gez. Rohde
Protokoll